

Gedenkstätten und Mahnmale in Kiel

DIE ENTWICKLUNG VON EINEM STREIT ÜBER DEN ERHALT
UM DIE RUINE EINES U-BOOTBUNKERS ZU EINER UMFASSENDEN
KONZEPTIDEE DES UMGANGS MIT DEM NATIONALSOZIALISMUS
IN KIEL

Jens Rönnau

Die Bezüge zwischen Militarismus, Totalitarismus, Krieg, NS-Verbrechen, Widerstand und Friedenswillen stellen in Kiel ein besonderes Kapitel der Stadtgeschichte dar. Als Antipode zur stark militaristisch geprägten neusten Kieler Geschichte ergibt sich ein übergeordnetes Konzept von Gedenkstätten und Denkmälern, das die Frage nach den Optionen der friedlichen Koexistenz der Menschheit aufwirft. Das Nachdenken darüber hat in Kiel im gebotenen Umfang erst seit Kurzem begonnen – und könnte ein tragfähiges Zukunftskonzept eröffnen.

In Deutschlands nördlichster Landeshauptstadt plant die Politik, sich der NS-Vergangenheit und weiteren historischen Komplexen stärker zuzuwenden: So soll dauerhaft eine feste Stelle geschaffen werden, die es ermöglicht, die relevanten Orte und Einrichtungen in Kiel zu vernetzen und sich auf wissenschaftlicher Grundlage mit der Erinnerungskultur zu befassen. Darüber hinaus wird über die Schaffung eines weiteren Ortes nachgedacht, wo sowohl museal als auch durch vielfältige Veranstaltungsformen Aufklärung stattfinden soll.

Bisher haben vor allem Bürgerinitiativen mit großem ehrenamtlichem Engagement daran gearbeitet, eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der Kieler Geschichte mit Fokus auf die Zeit des Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten. Das sind seit den 1980er Jahren bis heute vor allem der »Arbeitskreis Asche-Prozeß« und der »Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein« (AKENS), welcher inzwischen mit einer beachtlichen Publikationsreihe aufwarten kann und sich auch maßgeblich um den Gedenkort für das einstige »Arbeitserziehungslager Nordmark« in Kiel-Russee kümmert.¹ Um die wissenschaftliche Aufarbeitung macht sich aber auch die Kieler Gesellschaft für Stadtgeschichte, das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte und neuerdings verstärkt die Kieler Christian-Albrechts-Universität verdient. Einige Denkmalsetzungen, jährliche Gedenkveranstaltungen sowie punktuelle Projekte, wie Theateraufführungen und Ausstellungen sind in offizieller Regie der Stadt oder der Kirchen sowie vom Kieler Friedensforum umgesetzt worden.

Die einzige Einrichtung in Kiel, die bislang regelmäßig zur Problematik von NS-Vergangenheit und Zweitem Weltkrieg arbeitet, ist der durch den Verein »Mahnmal Kilian« betriebene »Flandernbunker«. Der Verein hat seinen Namen trotz des vor 16 Jahren verlorenen Kampfes um den Erhalt der denkmalgeschützten Ruine des U-Bootbunkers »Kilian« beibehalten. Zum Bau dieses Bunkers waren seinerzeit rund 1000 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene gedungen worden, zudem ist er durch ein U-Boot-Unfall im April 1945 ein Kriegsgrab. Nach dem endgültigen Scheitern der Erhaltungsbemühungen durch den Abriss zugunsten eines Umschlaghafens im Jahr 2000 erwarb der gemeinnützige Verein aus Privatmitteln die Ruine des Flandernbunkers direkt vor den Toren des heutigen Marinestützpunktes im »Tirpitzhafen« – dem früheren »Reichskriegshafen«.

Hochrüstung in Kiel:
Stapellauf von U 36
am 1.8.1940,
Germaniawerft. Foto:
Stadtarchiv Kiel



Dort, im einstigen Militärbunker, gibt es neben Dauer- und Wechselausstellungen Vorträge, Diskussionen, Musik- und Theateraufführungen sowie Führungen für Besucher – insbesondere für Schulklassen und Bundeswehrgruppen. Seit 2005 arbeitet unter dem Dach auch ein »Kriegszeugenprojekt«, das Zeitzeugen interviewt und die bearbeiteten Ergebnisse in Ausstellungen und Veranstaltungen öffentlich macht.

Die neue Entwicklung, die sich nun in Kiel abzeichnet, geht auch auf eine jahrelange Kooperation des Verein »Mahnmal Kilian« mit der Stadt, dem Land und den Gedenkstätten des Landes zurück, insbesondere mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsorte Schleswig-Holstein (LAGSH) sowie der Bürgerstiftung Gedenkstätten Schleswig-Holstein (BGSH).

Die Geschichte

Die Kloster- und Universitätsstadt Kiel blieb bis Mitte des 19. Jahrhunderts eine Kleinstadt. Seit Ende der Deutsch-Dänischen Kriege 1864 bekam sie zunehmend militärstrategische Bedeutung – zunächst 1865 als Flottenstation des Deutschen Bundes und erst recht, seit sie mit der Reichsgründung 1871 zum Reichskriegshafen bestimmt wurde. Das zog Militär und Hochrüstung nach sich. Die Stadt wuchs von knapp 20 000 Einwohnern bis zum Ersten Weltkrieg auf das Elffache und hatte 1927 über 300 000 Einwohner. Das Militär nahm auch im Alltag der Stadt eine sehr dominante Rolle ein – was die kommunale Identität nachdrücklich und bis heute spürbar beeinflusste. Das kurze Kapitel des roten Matrosen- und Arbeiteraufstands 1918, dessen Zentrum Kiel war, leitete zunächst die Weimarer Demokratie ein und zog schließlich im Taumel der Folgen des verlorenen Ersten Weltkriegs die braune Konterrevolution nach sich.

Unter der Herrschaft der Nationalsozialisten boomte die Rüstungsindustrie in der Fördestadt erneut. Schlachtschiffe bis hin zum Flugzeugträger liefen hier vom Stapel und serienweise vor allem U-Boote. Der Status als Gauhauptstadt samt Gestapo-Zentrale, KZ-gleichem »Arbeitserziehungslager« mit mindestens 578 Ermordeten, Marine-Untersuchungsgefängnis und Matrosenhinrichtungsplatz sowie über 100 Lager für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene (mit vermutlich über 40 000 Personen) waren die



Ruine des
U-Bootbunkers »Kilian«
in der Kieler Förde,
1994 im Nebel.
Foto: Jens Rönnau

Kehrseite der Rüstungsproduktion in dieser Zeit. Kiel war zwischen 1933 und 1945 zum Zentrum der NS-Verfolgung im Norden des Deutschen Reichs geworden.

Viele seiner Aktivisten und Handlanger konnten auch nach 1945 noch für Jahrzehnte öffentliche Positionen bekleiden.² Militär und Rüstungsindustrie sind bis heute bedeutende Wirtschafts- und Gesellschaftsfaktoren in Kiel geblieben. An diese Entwicklung schließt sich die jahrzehntelange Vernachlässigung eines offenen Umgangs mit der Ausgrenzung und Verfolgung an – insbesondere im Hinblick auf das »AEL Nordmark«, Sondergerichte, die Deportation von Juden, Sinti, Roma, Homosexuellen und Widerständigen, die Ermordung von Marinesoldaten, Militarismus, Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit. 1982 konnte ein Denkmal des Hannoveraner Künstlers Hans-Jürgen Breuste zum Matrosenaufstand erst nach vierjährigen scharfen Debatten in Kiel errichtet werden.³ 1984 wurden erstmals Forderungen des Erhalts der Ruine des einstigen U-Bootbunkers Kilian als Mahnmal erhoben.

Ein Bunker als Bildungsstätte

In den Diskussionen um den Erhalt des problematisierenden Kilian-Denkmal wurde stets auch die Forderung nach einer Verknüpfung mit Bildungsaktivitäten laut, zahlreiche pädagogische Projekte wurden umgesetzt. 1989 entwickelte die Stadt Kiel Pläne für einen Ausbau des Hafens bei gleichzeitigem Erhalt des Ruinen-Denkmal. Im selben Jahr wurden die markanten Bunkertrümmer in der Kieler Förde auf Anregung des damaligen Kieler Oberbürgermeisters Karl Heinz Luckhardt unter Denkmalschutz gestellt. Symptomatisch ist, dass die Kieler Hafenbehörde – also ebenfalls die Stadt Kiel – gegen die Unterschutzstellung klagte. Die Klage wurde mit der bemerkenswerten Begründung des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtes abgewiesen: »[...] dass es sich bei den Ruinen des U-Boot-Bunkers »Kilian« um ein letztes zeitgeschichtliches Dokument für den Niedergang Kiels als Reichskriegshafen handelt. Während die beiden Ehrenmale in Laboe und Möltenort heute noch dem Ruhm des Seekrieges und U-Boot-Krieges sowie der Erinnerung an die gefallenen Matrosen dienen, vermitteln die am östlichen Fördeufer liegenden Ruinen des U-Boot-Bunkers »Kilian« die zerborstenen Reste



»Flandernbunker« 2012.
Foto: Stephanie Brix

einer verbrecherischen Kriegsmaschinerie.«⁴ Die in dem Urteil angesprochenen Ehrenmale von Laboe und Möltenort, die von der Stadt Kiel aus am gegenüberliegenden Fördeufer wahrnehmbar sind, standen schon damals im Kreuzfeuer der öffentlichen Meinungen: das U-Bootdenkmal in Möltenort vor allem wegen seiner Figur eines startbereiten Adlers auf einem Turm, Laboe wegen seines ungebrochenen Weihecharakters samt martialischer Exponate und des 1972 am davorgelegenen Strand hinzugefügten U-Boots Typ U 995, das zur Besichtigung einlädt.

Eine Schmähschrift des Kieler Autoren Hannes Hansen, in welcher dieser anrät, den Ehrenmalsturm als von ihm gedeuteten Phallus durch den amerikanischen Künstler Christo mit einem überdimensionalen Präservativ verhüllen zu lassen, zog gar gerichtliche Auseinandersetzungen nach sich.⁵

Doch schon die Bezeichnung als »Ehrenmale« fordert oft Kritik heraus, weil damit neben dem Ausdruck der Trauer auch immer an den Kampfeswillen des Volkes appelliert wurde – in dem Sinne, wie Paul von Hindenburg 1917 zur Bedeutung von Heldenhainen schreibt: »Kinder und Kindeskindern sollen in den Hainen die Kraft finden, nachzufühlen, nachzueifern und bereit zu sein, wenn wieder das Vaterland ruft zu neuem Waffengange.«⁶ Auf dem Kieler Nordfriedhof, dem parallel zum »Reichskriegshafen« angelegten Soldatenfriedhof von 1878, findet sich ein sarkophagähnliches Denkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs samt später aufgelegtem Stockanker des 1932 gesunkenen Segelschiffs Niobe. Seine Inschrift lautet: »Wir Toten fordern als unser Recht die alte Treue vom neuen Geschlecht.«⁷

Vor dem Hintergrund derartiger Zwiespältigkeiten entstanden seit den 1980er-Jahren auch Kunstwerke und Konzepte zum Kilian-Denkmal. So beauftragte die Stadt Kiel 1984 den Maler Harald Duwe mit kritischen Gemälden zur Kilian-Ruine und zum Laboer U 995 sowie den Journalisten und Schriftsteller Jost Nolte zu einem entsprechenden Text. Im selben Jahr stellte die Stadt die Kieler Woche unter das Motto »Frieden erleben, erhalten, gestalten« und es wurden im Rahmen des »Kieler-Woche-Kongress« konkrete Fragen zur Rüstungsproduktion und der »Erziehung zum Frieden« aufgegriffen. Streiks bei den Howaldt-Werken 1980 und das Motto »Statt Waffen nützliche Produkte«



Vortrag von Dieter Hartwig zum Unter-
gang der »Wilhelm
Gustloff«, »Flandern-
bunker« 2015.
Foto: Jens Röhnau

wurden im »Kieler Woche Journal '84« thematisiert.⁸ Diese Offenheit in der Auseinandersetzung mit Geschichte verschwand im folgenden Jahrzehnt wieder.

Die Debatte bekam neuen Schwung, als das Land Schleswig-Holstein sein Gesetz zur »Kunst am Bau« novellierte und »Kunst im öffentlichen Raum« stärker förderte. Dazu wurde 1993 bis 1995 mit dem »Kunstlaboratorium« ein Pilotprojekt mit zehn Künstlern durchgeführt. Sie sollten für einen neuen Hochschulcampus auf dem ehemaligen Gelände der Kieler Howaldtswerke Konzepte für Kunstwerke entwerfen. Die meisten, darunter die Berliner Renate Anger, der Düsseldorfer Ludger Gerdes und der Österreicher Manfred Ortner, arbeiteten zur Ruine des U-Bootbunkers oder zu einem der weiteren Hochbunker dieser Gegend.⁹

Der Kiel-Berliner Künstler Raffael Rheinsberg lieferte das weit reichendste Konzept: Er forderte einen gläsernen Einbau in das Ruinengelände, das eine internationale Begegnungs- und Vermittlungsstätte nebst Bibliothek und Archiv aufnehmen sollte. Dies nannte Rheinsberg »antifaschistisches Forschungsinstitut«, das der neuen Fachhochschule angegliedert sein sollte, offen für alle Interessierten als ein mögliches »internationales Kernstück in der Friedensforschung«. Rheinsberg: »Es sollte also über die museale Einrichtung der Holocaust-Museen in Washington und Israel hinausgehen und die Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager und die Dokumentationsstätte Topographie des Terrors im Gestapogelände in Berlin um einen Forschungs- und Begegnungsort erweitern. [...] Ein Hafen, der nicht mehr Reichskriegshafen sein will, sondern ein Zeichen setzen möchte für freies und demokratisches Handeln und Begegnen, sollte auf dieses werbewirksame Mahnmal nicht verzichten, sondern es annehmen und unterstützen.«¹⁰

Umgesetzt wurde das Konzept von der Landesregierung nicht, aber die damalige Kultusministerin Marianne Tidick billigte im Rahmen der Präsentation des Kunstlaboratoriums 1995 eine Sonderausstellung mit Fotos von der Kilian-Ruine und übernahm diese Ausstellung später in ihr Ministerium. Das Landesamt für Denkmalpflege unterstützte das mit einer Postkartenserie. Rheinsbergs Konzept wurde indes schon 1995 als Forderung an die Politik formuliert. Als daraufhin Wirtschaftsvertreter began-

nen, dagegen Sturm zu laufen, gründeten Bürger den Verein »Mahnmal Kilian«, der sich durch Ausstellungen, Führungen und Veranstaltungen für den Erhalt und die Vermittlung des Ruinendenkmals einsetzte und dessen Einbezug in die Hafenerweiterung forderte. Sehr viele Menschen im In- und Ausland stellten sich hinter diese Ziele – darunter Dutzende Wissenschaftler, Pädagogen und Politiker – einschließlich der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Heide Simonis. Der Verein erhielt 1998 sogar den Deutschen Preis für Denkmalschutz. Diese Bemühungen änderten nichts daran, dass mit dem Argument, durch den Hafenausbau neue Arbeitsplätze zu schaffen, im Jahr 2000 das Relikt der NS-Kriegsführung endgültig zerstört wurde.

Geblichen waren die Konzepte und einige Jahre Praxis im Umgang mit dem Bunker-Denkmal. Als der Verein »Mahnmal Kilian« 2001 den Flandernbunker vor dem Kieler Marine-Stützpunkt für rund 30 000 D-Mark ersteigerte, konnte er diese Erfahrungen auf das Folgeprojekt übertragen und dort weiter entwickeln. Der Verein, der die Nutzung des Flandernbunkers als Mahnmal und als Gedenkstätte begriff, sah sich allerdings mit der Haltung konfrontiert, dass der U-Bootbunker Kilian keine Gedenkstätte sein könne, weil er kein »Opferort« gewesen sei. Diese Argumentation ließ den bekannten Status als Kriegsgrab ebenso außer Acht, wie den Umstand, dass beim Bau des Kilian-Bunkers bis zu 1000 Zwangsarbeiter verschiedener Nationen eingesetzt worden sein sollen.¹¹ Auch der Flandernbunker wurde sehr wahrscheinlich unter Einsatz von Zwangsarbeitern errichtet.¹²

In der Praxis hat sich längst gezeigt, dass der einstige Kilian-Bunker wie auch der Flandernbunker als ehemalige Operationsorte aktiver Kriegsführung in ihrer Neubestimmung zum Vermittlungsort für Frieden und Völkerverständigung ein wichtiges didaktisches Mittel darstellen können. Durch seine bewusst so belassene ruinöse Erscheinung unmittelbar vor dem Haupttor zum heutigen Marinestützpunkt im »Tirpitzhafen« kommt dem Flandernbunker zugleich eine aktivierende Symbolfunktion zu – im Sinne des »Nie wieder Krieg!«. Denn jeder Krieg gefährdet Grund- und Menschenrechte – hier schließt sich ganz allgemein ein Kreis zu Bildungsaktivitäten in den Themenbereichen Menschenrechtsverletzungen und staatliches Unrecht.¹³

Inzwischen hat sich der Verein »Mahnmal Kilian« entschieden, den Kieler Flandernbunker fortan nicht mehr als Gedenkstätte zu bezeichnen, sondern als »Mahnmal – Denkort – Museum«. Damit erfolgte bewusst eine in viele Richtungen offene Bezeichnung des NS-Kriegsreliktes, das als lebendiger Diskursort zunehmend auch andere Organisationen und einzelne Interessierte motiviert, sich dort zu engagieren.

Der Flandernbunker in Kiel

Der Flandernbunker steht vor dem Haupttor des Tirpitzhafens an der Kiellinie, einer Uferstraße, die von 1933 bis 2014 Hindenburgufer genannt wurde.¹⁴ Sein Name geht auf ein ehemaliges Flanderndenkmal zurück, das sich in der Nähe befand. Der dreigeschossige Bunker mit 550 Quadratmetern Grundfläche und 11,5 Metern Höhe wurde 1943/44 als Marine-Hochbunker für die 5. U-Boot-Flottille errichtet. Deren Soldaten waren nebenan auf der als Wohnschiff genutzten »Milwaukee« untergebracht. Der »Truppenmannschaftsbunker« für 750 Personen (»T 750«), der im Juni 1944 vor allem als Funkzentrale und Notkommandantur in Betrieb ging, war im letzten Kriegshalbjahr die einzige Kommandantur des Kieler Kriegshafens. Von hier wurde Kiel einschließlich des Nord-Ostsee-Kanals und des gesamten Ostseeraums militärisch organisiert, auch



Das »Kieler Friedens-Denkmal« vor dem »Flanderbunker« wird allmählich mit Kriegsspielzeug gefüllt.
Foto: Jens Rönnau



Führung von Henning Repetzky am »Flanderbunker« für eine Gruppe von Marinesoldaten 2015



Denkmal für die 1936 zerstörte Synagoge in der Goethestraße von Doris Wasch-Balz von 1989. Führung mit Eckhard Colmorgen vom AKENS 2015.
Foto: Jens Rönnau

der Einsatz von U-Booten. Flugdaten feindlicher Fliegerverbände, Alarme und Entwarnungen für das Kieler Stadtgebiet sowie Hilfsaktionen nach Bombenangriffen wurden von hier koordiniert, bis hin zur Flucht über die Ostsee in den letzten Kriegswochen. Mit zunehmenden Kriegswirren fanden auch Zivilisten in dem militärischen Bunker Schutz. Damit kam diesem eine seltene Multifunktion zu. Nach Kriegsende nutzten ihn zunächst die britischen Besatzungstruppen, dann wurde er durch Mauer- und Dachdurchbrüche militärisch unbrauchbar gemacht. So war er Jahrzehnte als Ruine, von Bäumen und Ranken umwachsen und ungenutzt. Man plante hier ein Polizeilager, eine Bundeswehrapotheke – später veräußerte der Bund das Objekt an einen Privatmann, der eine Diskothek darin eröffnen wollte.

2001 wurde der Bunker zwangsversteigert – just, als die Ruine des U-Bootbunkers Kilian zerstört wurde. Seitdem nutzt der Verein »Mahnmal Kilian« den grauen Klotz und baute ihn behutsam so um, dass der Charakter der Ruine erhalten blieb – auch, weil das Objekt seit Ende 2004 unter Denkmalschutz steht.¹⁵ Die Sanierung erfolgte vor allem mit ehrenamtlichen Kräften und Langzeitarbeitslosen in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter. Dazu konnten öffentliche Gelder vom schleswig-holsteinischen Innenministerium, der Ministerpräsidentin, der Stadt Kiel, dem Landesamt für Denkmalpflege, der Kieler Bürgerstiftung und der Sparkassenstiftung genutzt werden – insgesamt rund 100 000 Euro. In etwa doppelter Höhe beteiligten sich zahlreiche Firmen aus Kiel, Schleswig-Holstein und darüber hinaus durch kostenlose oder vergünstigte Bauleistungen und Materialien für den Umbau.

Der Bunker verfügt heute im beheizbaren Erdgeschoss über einen multifunktionalen Veranstaltungsraum für rund 80 Besucher, zwei Büros mit kleinem Archivraum, zwei Toiletten sowie zwei kleine Lagerräume. Im ersten Stock befinden sich vier Räume für eine Dauerausstellung, eine Werkstatt sowie zwei ehemalige Toilettenräume, die öfter für künstlerische Installationen genutzt werden. Das Obergeschoss ist Wechselausstellungen vorbehalten. In eine der Entfestigungsöffnungen im Dach wurde eine Stahltreppe gebaut, die durch die vier Meter starke Betonschicht auf eine Aussichtsplattform führt – mit einem Blick über das umgebende Militärgelände, den Militärhafen und die Kieler Förde bis hin zum Marine-Ehrenmal in Laboe. Im Außengelände wurden die verdeckenden Pappeln und die meisten Rankgewächse weitgehend entfernt, eine angrenzende Pappelreihe samt leicht buckelig ansteigender Rasenfläche aber belassen, sodass der Flandernbunker heute auf einer grünen Insel inmitten von vier Fahrspuren zwischen den Militärliegenschaften steht.

Lebendige Diskurse im Flandernbunker

Noch vor Beginn der Baumaßnahmen startete der Verein 2001 mit ersten Veranstaltungen, insbesondere mit Führungen, während derer bis heute auch Zeitzeugen berichten.¹⁶

Ausgehend von den Erlebnissen der Bevölkerung mit dem Bombenkrieg an Orten wie diesem Bunker, werden hier NS-Herrschaft, Verfolgung, Vernichtung, Zwangsarbeit oder Flucht und Vertreibung diskutiert. Dabei hat sich erwiesen, dass viele Menschen eher bereit sind, sich mit den genannten Themen zu befassen, wenn sie aus der Betrachtung ihrer persönlichen Erlebnisse heraus entwickelt werden oder aus den Berichten nahestehender Personen. Dieser biografische Ansatz hat sich als Basis im Flandernbunker bewährt. Naturgemäß kommt es dabei nicht selten zu emotionalen Debatten, die

aus den unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bewertungen historischer Ereignisse resultieren – was jeden Guide einer Gruppe oft auch zum Moderator macht.

Zusätzlich werden im Flandernbunker Ausstellungen, Workshops und Einzelveranstaltungen durchgeführt. Es gab Vorträge zu Themen wie Mitmarschieren, Judenverfolgung, Widerstand, Zwangsarbeit, sowjetische Kriegsgefangene, Traumaforschung, Olympiade 1936, Dönitz, Kriegerdenkmale, Rüstung und Militär in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, zur Rolle der Kirche in den Kriegen oder zur Frage der Gewaltprävention in heutiger Zeit. Zu den Diskussionen mit Zeitzeugen kamen auch britische Besatzungssoldaten von 1945 und der ehemalige polnische Zwangsarbeiter Stanislaw Pusz, der das »Arbeitserziehungslager« in Russee knapp überlebt hatte. Autoren lasen aus ihren Büchern, etwa Jochen Missfeldt aus »Steilküste« oder Peter Wald aus »Im Schatten von Auschwitz«.

Der Bunker war und ist eindrucksvolle Plattform für Aufführungen von Kieler und auswärtigen Theaterproduktionen.

Es gab Ausstellungen zum Holocaust, zur Kieler Kriegs- und NS-Geschichte, auch zum Ersten Weltkrieg bis hin zur Schau »Hass vernichtet« von Irmela Mensah-Schramm, die aktuelle Neonazi-Schmierereien thematisiert. Im Rahmen der gebotenen Thematik werden jährlich zwei bis drei Kunstausstellungen eingerichtet, bislang etwa mit Künstlerinnen und Künstlern aus Israel, Palästina, Syrien, den USA, aus Skandinavien oder international arbeitenden deutschen Künstlern wie Hans-Jürgen Breuste, Raffael Rheinsberg, Lilli Engel, Michael Sailstorfer und Insa Winkler. Auch Studentinnen und Studenten der Kieler Muthesius-Kunsthochschule oder Schulklassen lassen sich gern auf diesen Ort ein. Hinzu kommen Projekte außerhalb des Bunkers, wie 2012 die »Kunstessen« mit Jürg Geismar, die mit der Idee des symbolischen »Runden Tisches« im Kieler Marinestützpunkt, dem Institut für Weltwirtschaft und der Nikolaikirche stattfanden. Die Tischreden hielten prominente Vertreter der jeweiligen Einrichtungen.

Ein aufwendiges überregionales Projekt mit zweisprachiger Ausstellung waren 2005 die »Gekreuzten Erinnerungen« mit Zeitzeugen der Partnerstädte Kiel und Brest, die gegenseitig die Städte besuchten und in öffentlichen Veranstaltungen diskutierten. Ein Projekt mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg war 2015 dem Thema »Unbequeme Denkmäler« gewidmet. In diesem Rahmen wurden Workshops für Schulklassen angeboten, etwa zum Thema Euthanasie oder Atomkrieg. Es gab Vorträge bis hin zur Debatte mit dem jungen deutschen Afghanistan-Veteran Johannes Clair im Plenarsaal des schleswig-holsteinischen Landtags. Angebote für Schulklassen mit Zeitzeugen wurden intensiv vorbereitet, unter anderem gefördert aus dem Bundesprojekt »Toleranz fördern, Kompetenz stärken«.¹⁷

Kooperationen haben einen hohen Stellenwert für den Verein »Mahnmal Kilian«, getragen von der Überzeugung, dass gesellschaftliche Prozesse nur gedeihen können, wenn Diskurse auch über ideologische Grenzen hinweg geführt werden. So ist der Verein mit Gremien und Vereinen vernetzt, darunter die LAGSH, die er mitbegründete,¹⁸ der AKENS, die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der Verein »Freunde der Festung Friedrichsort«, der Verein »Maritimes Viertel – Kultur am Kanal«, das »Kieler Friedensforum« oder das »Kieler Forum – Netzwerk Kultur und Wissenschaft«.

Schon 2003 war es auf Initiative des Vereins »Mahnmal Kilian« während der dritten Landesgedenkstättentagung zu einer Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegs-

gräberfürsorge gekommen. Die Tagung, ausgerichtet von der Evangelischen Akademie Bad Segeberg und der Heinrich-Böll-Stiftung, stand unter dem Motto: »Wem wie gedenken und mit welchem Ziel?«. Im selben Jahr organisierte der Verein in Zusammenarbeit mit dem Künstler Hans-Jürgen Breuste, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, dem Theater Kiel und dem SPD-Arbeitskreis für Geschichte eine von 250 Personen besuchte Stadtrundfahrt anlässlich des 65. Jahrestages der Pogromnacht und des 85. Jahrestages des Matrosenaufstands. Der Verein beteiligte sich 2014 an der wissenschaftlichen Tagung »Erinnern – Erklären – Deuten. Zivile und militärische Erinnerungskulturen des 21. Jahrhunderts«, die an zwei Tagen im »Marine-Ehrenmal« Laboe und im »Flandernbunker« stattfand. Ausrichter waren die »Deutsche Maritime Akademie – Stiftung des Deutschen Marinebundes« und die LAGSH. 2009 erfolgte in Kooperation des Festungsvereins eine zweitägige wissenschaftliche Konferenz zum Thema »Kiel – Stadt mit Militärgeschichte«. Sie wurde im Offiziersheim des Militärstützpunktes und im Kieler Rathaus ausgerichtet. 2015 wurde im Rahmen des »Kulturmeilenfestes« vor dem Flandernbunker das »Kieler Friedens-Denkmal« errichtet: Ein drei Meter hoher Stahl-Glas-Kubus, in welchem seitdem Kriegsspielzeug gesammelt wird – meist aktionsweise mit Gruppen und Schulklassen im Rahmen von Führungen und Workshops.

Der Verein »Mahnmal Kilian« hat rund 300 Mitglieder aus verschiedenen Altersgruppen und sozialen Schichten. Zu den Mitgliedern zählen zahlreiche Zeitzeugen des »Dritten Reichs«, als Ehrenmitglieder auch vier inzwischen verstorbene ehemalige polnische Zwangsarbeiter oder der ebenfalls kürzlich verstorbene britische Major Tony Hibbert, der am 4. Mai 1945 an der Besetzung Kiels mitwirkte. Die Vereinsarbeit wird fast überwiegend von rund 15 Ehrenamtlern getragen, die seit 17 Jahren indes erhebliche Unterstützung durch zahlreiche Langzeitarbeitslose in Form von ABM- und Bürgerarbeitsstellen erhalten haben, angeleitet von derzeit zwei mit jeweils einer halben Stelle beschäftigten Vereinsangestellten. Diese ermöglichen vor allem den regulären Betrieb des Flandernbunkers. Seit einigen Jahren erhält der Verein hierfür Zuwendungen von der Stadt Kiel, dem Land Schleswig-Holstein und dem Jobcenter in Höhe von derzeit insgesamt 38 000 Euro – was indes nur einen Bruchteil der benötigten Mittel ausmacht. Fördergelder für Projekte, pädagogische Arbeit oder gar für Forschungen und Publikationen sind bislang nicht oder nur spärlich geflossen. Im Oktober 2015 konnte der Verein »Mahnmal Kilian« sein 20. Vereinsbestehen feiern, wozu hochrangige Landespolitiker und Gedenkstättenvertreter erschienen.¹⁹

Derzeit wird an einer Erneuerung der Dauerausstellung gearbeitet. Als Themenlinie steht dafür grundsätzlich die Auseinandersetzung mit Krieg und Gewaltherrschaft im Vordergrund. Insbesondere bieten sich dazu die historischen Begebenheiten an, die sich am Flandernbunker festmachen lassen – etwa der Ort selbst, die Rolle der Marine, der Bombenkrieg einschließlich der Themen U-Bootkrieg, Rüstung, Bunker sowie Zwangsarbeit und Verfolgung, was auch das »AEL Nordmark« einschließt. Allerdings erscheint der Flandernbunker wegen seiner eingeschränkten Größe wie auch der ihm zuzuordnenden Themen nicht ausreichend für die Aufgaben, die in der Stadt Kiel im Rahmen einer kontinuierlichen Informations- und Bildungsarbeit zur nationalsozialistischen Vergangenheit insgesamt anstehen. Es bedarf daher eines weiteren Veranstaltungsortes in Kiel, der im ehemaligen Marineuntersuchungsgefängnis wenige Hundert Meter entfernt eingerichtet werden könnte.



Gedenkort »Arbeits-
erziehungslager Nord-
mark« in Kiel Russee.
Foto: Jens Rönnau



Der Aktenstempel,
2000 von Melanie Pilz
für das Gebäude der
ehemaligen Gestapo-
Zentrale an der
Düppelstraße gestaltet.
Foto: Jens Rönnau



Hans-Jürgen Breustes
Kieler Denkmal zum
Matrosenaufstand 1918
im Ratsdienergarten,
errichtet 1982.
Foto: Jens Rönnau

Gedanken zu einem Gesamtkonzept für Kiel

Auch wenn es seit Ende des Zweiten Weltkriegs immer wieder Maßnahmen und Projekte der Stadt Kiel im Bereich der Erinnerungskultur gegeben hat, so hatte sie sich bis vor wenigen Jahren nicht an die Aufgabe eines komplexen Umgangs mit ihrer NS-Geschichte und daran anschließender Themen gemacht. 2012 erschien im Auftrag der Ratsversammlung eine erste »Übersicht der im öffentlichen Raum befindlichen Gedenkstätten mit Bezug auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und den Zweiten Weltkrieg«,²⁰ Unter den 155 Rechercheergebnissen sind keine Gedenkstätten gelistet, aber zahlreiche Bezüge zur Geschichte. In 55 Fällen handelt es sich um meist nach Einzelpersonen benannte Straßen und Gebäude: Verfolgte des NS-Apparates und insbesondere Menschen, die im Widerstand aktiv waren. Von 32 aufgeführten Gedenksteinen, Gedenktafeln und Gedenkbüchern haben 18 Bezug zu NS-Verfolgten. Von 23 Kunstwerken (Denkmäler und Gemälde) lassen sich 13 auf die NS-Geschichte beziehen, die übrigen auf das Thema Krieg, Gefangenschaft und Flucht deutscher Zivilisten und Soldaten. 30 Ergebnisse nennen Kriegsgräberstätten und Kriegserinnerungsmale, davon zehn mit Bezug auf Verfolgte, wozu auch eine kleine Gedenkhalle im Kieler Rathaus zählt.²¹

Orte wie das einstige Marineuntersuchungsgefängnis in Kiel-Wik, welches schon beim Matrosenaufstand eine Rolle spielt und der dazugehörige Hinrichtungsplatz auf dem einstigen Schießplatz in der Nachbargemeinde Altenholz kamen erst 2014 auf Anregung des Vereins »Mahnmal Kilian« in den Fokus der Überlegungen zu einem Gesamtkonzept. Beide Anlagen stehen unter Denkmalschutz. Durch die 1996 erfolgte Rehabilitierung des Hingerichteten Oskar Kusch wurde von der Gemeinde Altenholz und der Stadt Kiel 1998 eine Straße nach ihm benannt und ein Gedenkstein an der Geländezufahrt gesetzt.

Damit gelangen verstärkt Themen wie Marinegerichtsbarkeit, Desertion und »Wehrkraftzersetzung« mit ihren Folgen in den Blick – womit sich abermals ein Kreis zum Kieler Matrosenaufstand schließen lässt. Da beide Liegenschaften durch kommunale Planungen gefährdet sind, ist die Vorlage eines Gesamtkonzeptes zur Kieler Erinnerungskultur baldmöglichst geboten.

Es befindet sich indes auf gutem Weg. 2011 hatte die Stadt Kiel ihre Intention formuliert: »... die Kieler Erinnerungskultur soll modernisiert werden, um kommende Generationen affektiv und kognitiv ansprechen zu können. Wir streben ein integriertes Konzept der Erinnerungskultur an, das die Schwerpunkte und Stärken einzelner Gedenkstätten fördert und mit den anderen Stätten verbindet, sodass alle Orte der Erinnerung in Kiel mit ihren spezifischen aktuellen Stärken zusammengeführt werden.«²²

Im Mai 2013 wurde ein wegweisender Beschluss der Kieler Ratsversammlung zur »Erinnerungskultur an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft« verabschiedet: 1. Fortschreibung der Erhebung von 2012; 2. Durchführung öffentlicher Workshops, u.a. zu neuen Formen der Informationsvermittlung; 3. Etablierung einer »Kieler Werkstatt für Erinnerungskultur« als dauerhafte Einrichtung. Darauf ließ Oberbürgermeister Ulf Kämpfer auf Anregung der BGSH 2014 einen Begleitausschuss zur Erinnerungskultur einrichten, der aus Vertretern der Stadt, Historikern, der BGSH, LAGSH und des Verein »Mahnmal Kilian« bestand. Im selben Jahr verlieh die Stadt dem Autor dieser Zeilen die »Andreas-Gayk-Medaille« für den Umgang mit Mahnmalen und deren pädagogische Vermittlung.

Der Begleitausschuss legte 2015 eine erste »Konzeption zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur« vor, die innerhalb der nächsten ein bis zehn Jahre folgende Kernpunkte vorsieht: Etablierung eines Beratungsgremiums, Aufbau eines Zentrums der Erinnerungsarbeit, didaktische Vernetzung ausgewählter Erinnerungsorte sowie die Entwicklung einer für Schleswig-Holstein zentralen Dauerausstellung zum Nationalsozialismus. Dem folgte im September 2015 ein zweitägiger Workshop, unter anderem mit Referaten von Werner Jung zum NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und Annette Boldt-Stülzebach zum Gedenkstättenkonzept der Stadt Braunschweig.²³ Eine Exkursion zu den Gedenkorten in Kiel führte erstmals zum ehemaligen Schießplatz und dem leer stehenden Marineuntersuchungsgefängnis. Letzteres wird seitdem von Experten wegen seiner Doppelbedeutung für Kaiserzeit und Nationalsozialismus als musealer Erinnerungsort besonders in Erwägung gezogen, auch, weil sich daran ein Alleinstellungsmerkmal im Bundesvergleich festmachen lassen kann. Parallel ist die ehemalige Gestapo-Zentrale in der Düppelstraße im Gespräch, die seit Kriegsende als Polizeirevier genutzt wird. Bald nach dem Workshop beschloss die Stadt Kiel, in Konsequenz der nun bevorstehenden Planungs- und Vernetzungsaufgaben, eine erste Stelle für Erinnerungskultur einzurichten. Da Kiel sich eine personalintensive Struktur in absehbarer Zeit kaum leisten wird, könnte für eine verlässliche, kontinuierliche Arbeit ein Mischkonzept mit der Zusammenarbeit mehrerer Orte, Akteure und Einrichtungen angestrebt werden, das auch ehrenamtliche Arbeit einbezieht. Dies bedürfte auch einer nennenswerten Förderung durch Landesregierung, Bund und EU. Bundesmittel sind diesbezüglich noch gar nicht in Kiel angekommen, EU- und Landesmittel bislang spärlich.²⁴

Ein gemeinsam agierendes Netz sollte aus möglichst allen bisher genannten Einrichtungen, Akteuren und Denkmalen einschließlich des Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseums bestehen. Es könnte sein Zentrum in einer Kombination aus Flandernbunker und Marineuntersuchungsgefängnis erhalten. Beide finden sich in einem entmilitarisierten Konversionsgelände rund um den aktiven Militärhafen. Dort kann der Bunker für den Aspekt der NS-Kriegsführung stehen, das Gefängnis für ein Haus, das die Zusammenhänge von Matrosenaufstand und Nationalsozialismus darstellt – die Versuche um Demokratie, das Scheitern im Totalitarismus, den Widerstand bis hin zum schließlich gelungenen erneuten Anlauf um eine demokratische Staatsform.

Als derzeitiges Fazit läßt sich sagen, dass die Landeshauptstadt Kiel gemeinsam mit anderen Akteuren seit 1945 bereits viele Bausteine für ein aktives Arbeiten im Bereich der Erinnerungskultur geschaffen hat. Es fehlt ein gemeinsam agierendes Gremium sowie ein zusammenfassender Ort der Reflexion und der aktiven Arbeit, der diese Bausteine thematisch einbezieht. Dabei könnte es eine Vision als Leitgedanken geben: Kiel entwickelt sich von seinem berüchtigten Image des »Reichskriegshafens« und der einstigen »Gauhauptstadt« hin zu einer aktiven »Stadt des Friedens und der Völkerverständigung«.

Jens Rönnau, geb. 1958 in Kiel, Studium der Kunstgeschichte, Volkskunde, Philosophie und Pädagogik in Kiel und Berlin. Freier Journalist und Kurator seit 1978. 1995 Gründer des Verein »Mahnmal Kilian«, seitdem Vorsitzender. 1998 Deutscher Preis für Denkmalschutz an den »Mahnmal Kilian e.V.«. 2014 Verleihung der Andreas-Gayk-Medaille durch die Landeshauptstadt Kiel für den Umgang mit Mahnmalen und deren pädagogische Vermittlung.

Weitere Informationen und Aktualisierungen gibt es auf der Homepage:
www.mahnmalikilian.de

- 1 Der Arbeitskreis Asche-Prozess hatte sich 1980 anlässlich des in Kiel stattfindenden Prozesses um den ehemaligen SS-Obersturmführer und »Judenreferenten« Kurt Asche gegründet, dem Beihilfe zum Mord in mehr als 10 000 Fällen nachgewiesen wurde. Der Arbeitskreis sorgte damals für Öffentlichkeit und kümmerte sich um jüdische Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.
- 2 vgl. etwa: Klaus-Detlev Godau-Schüttke, Von der Entnazifizierung zur Renazifizierung der Justiz in Westdeutschland (6. 6. 2001), in *forum historiae iuris*, www.forhistiur.de/2001-06-godau-schuttke, (28. 4. 2016). Am 27. 4. 2016 wurden erste Ergebnisse einer Untersuchung des schleswig-holsteinischen Landtags vorgestellt, wonach dieser in den Nachkriegsjahren im Bundesvergleich überdurchschnittlich stark von ehemaligen NS-Funktionären durchsetzt war, vgl. NS-Kontinuitäten in der Landespolitik: Schleswig-Holstein ist ein »Extremfall«, www.landtag.ltsch.de/aktuell/panorama_berichte/16_04_27_danker.html (28. 4. 2016)
- 3 Schon in einer Rede am 2. 11. 1978 in der Kieler Ratsversammlung hatte Stadtrat Rolf Johanning sich vehement für die Erforschung der Bedeutung des Matrosenaufstands eingesetzt. Die Stadt hatte zum 60. Jahrestag ein umfangreiches Vortragsprogramm samt Aufführung von Ernst Tollers Theaterstück »Feuer aus den Kesseln« veranstaltet.
- 4 Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts gegen die Landeshauptstadt Kiel v.2.10.1991, *Gesch.Nr. 2A 198/89*.
- 5 vgl. *Der Spiegel*, Nr. 30 v. 21. 7. 1986, www.spiegel.de/spiegel/print/d-13518831.html (28. 4. 2016)
- 6 Paul von Hindenburg, zitiert in einem Heft der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Heldenhaine, Berlin 1917.
- 7 vgl. Jens Rönnau, *Open-Air-Galerie Kiel, Kunst und Denkmäler*, Neumünster 2011, S. 66.
- 8 *Kieler Woche Journal '84*, Informations- und Werbeheft, Presseamt der Landeshauptstadt Kiel (Hrsg), S. 20ff, S. 63 f.
- 9 *Kunstlaboratorium in Neumühlen-Dietrichsdorf – Kunst im öffentlichen Raum*, Jens Rönnau, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Hrsg), Kiel 1995.
- 10 *Kunstlaboratorium*, S. 93 ff.
- 11 vgl. Robert Bohn, Markus Oddey: *U-Bootbunker »Kilian«, Kieler Hafen und Rüstung im Nationalsozialismus*, Bielefeld 2003, S. 96.
- 12 Bisher ist nur mündlich überliefert, dass polnische Zwangsarbeiter eingesetzt waren, die Forschungen sind noch nicht abgeschlossen.
- 13 Die 10. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein vom 10.–12. Juni 2016 war dem Thema »Nie wieder Krieg? Krisen, Kriege und Gedenkorte« gewidmet.
- 14 Umbenennungsdebatten gab es seit 1933 vielfach. Erst in einer einjährigen Auseinandersetzung 2013/14 erfolgte die Umbenennung in Kiellinie. Vgl. kiel-wiki.de/index.php?title=Hindenburgufer (3. 5. 2016).
- 15 Bericht des Landesamtes für Denkmalpflege Schleswig-Holstein über die Jahre 2004 und 2005, S. 41, www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LD/Downloads/Publikationen/LfD_Jahresbericht2006.pdf;jsessionid=4667C6B54D0DB192E5A7A7BFBCA5278F?__blob=publicationFile&tv=1 (4. 5. 2016).
- 16 Aus Altersgründen sind Zeitzeugen bei den Führungen heute nur selten zugegen.
- 17 vgl. www.bmfjsf.de/BMFJSF/kinder-und-jugend,did=164674.html (3. 5. 2016).
- 18 Die Gründungsversammlung fand am 21. 4. 2012 in Kiel in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung statt.
- 19 vgl. Bericht Jens Rönnau und Rede Gerhard Fouquet in Harald Schmid: *Newsletter Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein*, S. 29 ff. www.gedenkstaetten-sh.de/tl_files/gedenkstaetten/daten/stiftung/Nr_%208_Dezember_2015.pdf (6. 5. 2016)
- 20 Auf einen Ratsbeschluss vom 19. 5. 2011 hin ließ die Stadt Kiel durch Susanne Kalweit diese Übersicht erarbeiten. Diese legte Stadtrat Wolfgang Röttgers im Juli 2012 als geschäftliche Mitteilung vor.
- 21 Allerdings hatte die Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte mit dem Historiker Jan Klußmann schon 2004 eine Aufstellung der Zwangsarbeitslager im Raum Kiel herausgebracht: Jan Klußmann, *Zwangsarbeit in der Kriegsmarinestadt Kiel 1939–1945*, Bielefeld 2004.
- 22 Begründung der Ratsbeschluss-Vorlage vom 19. 5. 2011.
- 23 Landeshauptstadt Kiel, *Workshop zur Weiterentwicklung der Erinnerungskultur*: 4. und 5. September. kiel.de/kultur/stadtgeschichte/erinnerungskultur/index.php (11. 5. 2016)
- 24 Das Land Schleswig-Holstein verfügt über einen der kleinsten Etats für Gedenkstättenarbeit im Bundesvergleich. Es muss indes bereits als Verdienst der amtierenden Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) bezeichnet werden, dass die über die BGSH verteilten Mittel von 60 000 Euro im Jahr 2013 auf heute rund 330 000 Euro jährlich angehoben werden konnten.